Universitätsstadt Marburg

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr	
Gremium:	**Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr**
Sitzungstermin:	**Dienstag, 17.06.2003, 18:00 Uhr**
Ort, Raum:	**35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt**

2. Nachtragstagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom

2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

3 Marburger Ortsrecht
hier: Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung)
Vorlage: VO/1277/2003

4 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Fußweg
Vorlage: VO/1341/2003

5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Baumschutzsatzung
Vorlage: VO/1346/2003

6 Bauleitplanung der Stadt Marburg
· Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplanes Nr. 24/1
· 6. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 24/4 'Am Hasenküppel' im Stadtteil Marbach

Vorlage: VO/1387/2003

7 Marburger Ortsrecht
hier: Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung)
Vorlage: VO/1405/2003

8 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Bebauungsplan Nr. 14/11 'Das Buchenrot' im Stadtteil Schröck

- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB und gemäß § 81 Hess. Bauordnung (HBO)

Vorlage: VO/1419/2003

9 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Siedlungserweiterungsflächen
Vorlage: VO/1431/2003

10 **Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BfM und MBL betr.Gas betriebene Busse**
Vorlage: VO/1432/2003

11 **Antrag der B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr.: Holzhackschnitzelanlage**
Vorlage: VO/1452/2003

12 **Antrag der B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr.: Erdgasbetriebene KFZ insbesondere Busse**
Vorlage: VO/1453/2003

13 Verschiedenes

Universitätsstadt Marburg

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang: 12.06.2003	TOP
Beratende Gremien:		

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

a) **über den Stand der Planungen zur Errichtung einer Holzhackschnitzelanlage zu berichten und**
b) **in der Öffentlichkeit dafür zu werben, dass bei der Umrüstung oder dem Neubau von Heizungsanlagen auch Holzhackschnitzel- oder Holzpelletsanlagen zum Einsatz kommen.**

Begründung:

Holzhackschnitzel- und Holzpelletsanlagen haben heute einen technischen Stand erreicht, dass mit ihrem Einsatz ein wesentlicher Beitrag zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe bei der Energieerzeugung geleistet werden kann. Daher ist der Einsatz dieser Brenntechnik zu fördern, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu vermindern.

Die Stadt Marburg hatte bereits Anfangs 2002 bei der hessenENERGIE eine Vorfeldberatung zur Errichtung einer Holzhackschnitzelanlage in Auftrag gegeben. Der Magistrat sollte jetzt über den Stand der Bemühungen, eine solche Anlage zu errichten, informieren. Mit einer solchen Information kann auch in der Öffentlichkeit dafür geworben werden, weitere Anlagen zu errichten.

Ferner sollte der Magistrat die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über die Möglichkeiten, Holz als Brennstoff sowohl in kleineren als auch in größeren Heizungsanlagen einzusetzen, eingehend informieren. Hierbei sollte die Zusammenarbeit mit örtlichen Anbietern von Holzpellets und – hackschnitzeln und mit örtlichen Handwerkerinnen und Handwerkern gesucht werden.

gez. Dr. Petra Baumann **gez. Ralf Musket**
gez. Dietmar Göttling **gez. Pandelis Chatzievgeniou**

Universitätsstadt Marburg

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang: 12.06.2003	TOP
Beratende Gremien:		

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert als Gesellschafter auf die Stadtwerke Marburg GmbH einzuwirken, Busse und andere Kraftfahrzeuge der Stadtwerke so weit wie möglich, sukzessive auf den umweltschonenden Erdgasantrieb umzustellen. Hierzu soll die nötige Betankungsinfrastruktur in Zusammenarbeit mit dem potentiellen Erdgaslieferanten, den Stadtwerken und der Stadt Marburg entwickelt und errichtet werden.

Begründung:

Die Notwendigkeit die Fahrzeugflotte auf Erdgasantrieb umzustellen ergibt sich sowohl aus ökologischer Sicht als auch vor dem Hintergrund besserer Wettbewerbschancen für die Marburger Stadtwerke im liberalisierten Markt.

1. Marburg ist Mitglied des Klimaschutzbündnisses der Städte, dessen Ziel eine drastische Reduzierung der für Mensch und Umwelt schädlichen Emissionen ist.
   Einen wirksamen Beitrag hierzu kann der Einsatz von alternativen Kraftstoffen leisten, zu denen auch Erdgas gehört. Durch Erdgas-Fahrzeuge werden die fahrzeugspezifischen Emissionen wie z.B. Stickstoffoxide(NOx), Kohlenmonoxid(CO), höhere Kohlenwasserstoffe (HC) und auch die Geräuschemissionen deutlich vermindert. Damit besteht die Möglichkeit zu einer erheblichen Verbesserung der Umweltsituation in den besonders hoch belasteten innerstädtischen Gebieten.
   Erdgas weist gegenüber konventionellen Kraftfahrzeugen und anderen alternativen Antriebskonzepten eine herausragende Umweltbilanz auf. Der TÜV stellt dabei heraus, daß Erdgas als die vielversprechendste Alternative zur Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen anzusehen ist. Auch zukünftig, d.h. unter Einbeziehung von technischen Weiterentwicklungen bei den Benzin- und Dieselmotoren, werden Erdgasfahrzeuge bei einem Emissionsvergleich deutliche Vorteile aufweisen.

2. Im Zuge der Liberalisierung des Nahverkehrs ist absehbar, dass Nahverkehrsleistungen in der Europäischen Union öffentlich ausgeschrieben werden müssen (EU-Verordnung Nr. 1191/69), schon nach jetziger Rechtslage sind öffentlich bezuschusste Verkehre (gemeinwirtschaftliche Verkehre) grundsätzlich auszuschreiben.
Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sprach sich in einem richtungsweisenden Urteil positiv zur Zulässigkeit ökologischer Vergabekriterien aus.
So schrieb die Stadt Helsinki den kommunalen Busbetrieb linienweise aus. Den Zuschlag erhielt schließlich die „HKL“, das kommunale Verkehrsunternehmen der Stadt Helsinki. Es siegte nach Maßgabe der Kriterien letztlich deshalb, weil es stickoxid- und lärmarme gasbetriebene Busse betreibt.
Der EuGH bejahte auf Grundlage der EG-Vergaberichtlinien die Zulässigkeit derartiger ökologisch-orientierter Zuschlagskriterien. Er hielt dazu unter anderem fest, dass die Zuschlagskriterien auch Faktoren enthalten können, welche „nicht rein wirtschaftlich“ sind, und verwies überdies auf die besondere Bedeutung des Umweltschutzes im Gemeinschaftsrecht.

Da mit der Umrüstung auf erdgasbetriebene Fahrzeuge sowohl ein entscheidender Beitrag für den Umwelt-und Klimaschutz, als auch eine hervorragende Positionierung der Stadtwerke für den demnächst stark aufkommenden Wettbewerb geleistet wird, ist mit der Anschaffung von Erdgasbussen und der Errichtung der entsprechenden Infrastruktur zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beginnen.

gez. Dietmar Göttling **gez. Matthias Acker**
gez. Petra Baumann **gez. Dr. Ralf Musket**